

Kingston (vgl. HK, März 1979, 152ff.) in der katholischen „Etudes“ zum Anlaß, um die gegenwärtigen Spannungen im Weltkirchenrat zu analysieren und nach dessen Zukunft zu fragen. Obwohl er eine grundlegende Zustimmung zu den gesellschaftspolitischen Programmen der Genfer Zentrale erkennen

läßt, erwartet er eine Konsolidierung der Aktivität des ÖRK in einer stärker theologisch akzentuierten Ausrichtung. Er zitiert dazu aus dem Referat des Dominikaners *Tillard* (katholisches Mitglied von Faith and Order): Während die Konfessionen innerhalb des gleichen gesellschaftlichen Blocks (Westen

und Dritte Welt vor allem) äußerst nahekommen würden, werde es für Christen zwischen den Blocks eher schwieriger, das Glaubensbekenntnis gemeinsam zu sagen. Das Problem sei „nicht mehr ein Problem gegenseitiger Liebe, sondern des Begreifens des Glaubens“.

Personen und Ereignisse

Bei seiner ersten Audienz für führende Persönlichkeiten jüdischer Organisationen (12. 3.) verurteilte *Johannes Paul II.* „jede Form des Antisemitismus“ als mit dem Christentum unvereinbar. Er wünschte den „fruchtbaren und brüderlichen Dialog mit dem Judentum fortzusetzen“, um so gemeinsam den Menschen besser dienen und jede Art von Vorurteil und Diskriminierung überwinden zu können. Es sei Pflicht des Christen, die wichtigsten Elemente der religiösen Überlieferung des Judentums kennenzulernen. In der gleichen Audienz, die am 40. Jahrestag der Amtseinführung *Pius XII.* stattfand, erinnerte *Johannes Paul II.* an das Wirken des *Pacelli-Papstes* für die Juden während der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Auch die Jerusalemfrage wurde angesprochen. Er hoffe, so der Papst, daß Jerusalem „als Zentrum der Harmonie für die Anhänger der drei großen monotheistischen Religionen Judentum, Islam und Christentum wirksam garantiert werden kann.“

Der Erzbischof von Westminster, Kardinal *Basil Hume*, wurde vom Primas der anglikanischen Kirche, dem Erzbischof von Canterbury, *Donald Coggan*, ersucht, mit Papst *Johannes Paul II.* über die Frage der Priesterweihe für Frauen zu sprechen. Die „Lambeth-Konferenz“ hat die Ordination von Frauen ihren Mitgliedskirchen freigestellt. Die Synode der Church of England hat die Entscheidung einstweilen verschoben. Papst *Paul VI.* hatte nach der Entscheidung der Lambeth-Konferenz in einem Schreiben an *Coggan* die Frauenordination als ein ernstes Hindernis in der Annäherung beider Kirchen bezeichnet. Die jetzige Bitte *Coggans* an Kardinal *Hume* stellt also einen ökumenischen Goodwill-Versuch dar. *Hume*, der erst im Februar die Anglikaner gewarnt hatte, Frauen unbegrenzt zu weihen, hat das Gespräch mit dem Papst zugesagt und ließ seinerseits erklären, daß er „an einem baldigen Zustandekommen“ interessiert sei.

Am 9. März starb in Rom im Alter von 73 Jahren Kardinalstaatssekretär *Jean Villot*. Als Kardinalstaatssekretär und *Camerlengo* (Leiter der vatikanischen Exekutive während der Sedisvakanz) diente *Villot* unter drei Päpsten. Als solcher hatte er auch die unter *Paul VI.* verordnete Kurienreform zu exekutieren, die durch ihn zentralisierende Tendenz zu einer bewußten und spürbaren Stärkung des Staatssekretariats gegenüber den verschiedenen päpstlichen Kongregationen führte. Doch blieb *Villot* trotz manchen Spannungen zur Zeit *Pauls VI.* und auch des jetzigen Papstes – man sagte ihm eine besondere Nähe zu *Johannes Paul I.* nach – „Eminenz“ im Hintergrund, während das Staatssekretariat als Behörde weitgehend mit seinen „Stellvertretern“, dem Substituten *Giovanni Benelli* (heute Erzbischof von Florenz) und auf diplomatischer Ebene mit dem Vorsitzenden des Rates für öffentliche Angelegenheiten, *Agostino Casaroli*, identifiziert wurde. Die Ablösung des Franzosen *Villot* durch einen Italiener

war für die nächsten Monate erwartet worden. *Johannes Paul II.* hatte *Villot* nur noch auf Zeit ernannt. Während des Konzils war *Villot* (als Erzbischof Koadjutor von Lyon) einer der vier Subsekretäre. 1965 wurde er Erzbischof von Lyon; 1967 von *Paul VI.* an die Kurie berufen, war er zunächst zwei Jahre Präfekt der Kleruskongregation, dann seit 1969 fast 10 Jahre Kardinalstaatssekretär.

Johannes Paul II. hat den Erzbischof von Paris, Kardinal *François Marty*, der im Mai 75 Jahre alt wird und zu diesem Datum seinen Rücktritt angeboten hatte, aufgefordert, ein weiteres Jahr im Amt zu bleiben. Der Briefwechsel, der darüber geführt und in wesentlichen Passagen von *Marty* veröffentlicht wurde (vgl. *La Croix*, 22. 2. 79), dürfte kennzeichnend sein für die *Personalpolitik Johannes Pauls II.* in den ersten Monaten seines Pontifikats. Kardinal *Marty* hatte in seinem Rücktrittsangebot einen jüngeren Bischof für die sehr schwierige Diözese Paris gefordert. Der Papst hatte darauf am 5. Januar geantwortet: Er sei erst zwei Monate im Amt. Wie könne er da „eine genügend genaue und vollständige Kenntnis der religiösen Situation in Frankreich“ haben. Der Sitz von Paris sei zu wichtig, um jetzt eine solche Entscheidung treffen zu können. Da der Kardinal bei guter Gesundheit und die Ausstrahlung seiner Persönlichkeit eine Tatsache sei, möge er doch noch bis Mai–Juni 1980 im Amt bleiben.

Während seines Staatsbesuches in der ČSSR Mitte März besuchte Österreichs Bundespräsident, *Rudolf Kirchschläger*, auch den 79jährigen Erzbischof von Prag, Kardinal *Frantisek Tomášek*, den er seit seiner Zeit als Botschafter in Prag (1967–1970) persönlich kennt. Nach einem halbstündigen Gespräch, zu dem Kirchschläger in das dem Hradschin gegenüberliegende erzbischöfliche Palais kam, besuchten beide den Veits-Dom. Kirchschläger war vor dem Staatsbesuch bedeutet worden, er möge zu dem in seiner Gastresidenz vorgesehenen Empfang keine *Vertreter der Charta '77* einladen; daraufhin verzichtete Kirchschläger auf den Empfang bzw. auf die bei Staatsbesuchen übliche Gegeneinladung an die Gastgeber. Vorwürfe in Richtung Kirche erhob bei einem dem Staatsbesuch vorausgegangenem Gespräch mit österreichischen Journalisten Parlamentspräsident *Indra*. Die Kirche, so *Indra*, würde versuchen, Wünsche durchzusetzen, die nicht in Einklang mit den rechtlichen Normen der ČSSR seien, so die Erweiterung der theologischen Fakultäten, die Ernennung von Bischöfen, die Abhaltung von Religionsunterricht innerhalb der normalen Unterrichtsstunden ohne Zustimmung des Staates. Auf die Frage, wie Prag reagieren würde, wenn der Papst die Absicht bekundete, aus Anlaß des 250jährigen *Johannes-Nepomuk-Jubiläums* nach Prag zu kommen, antwortete *Indra*: Die „*Nepomuk-Legende*“ sei in der Tschechei nicht stark und in der Slowakei überhaupt nicht verwurzelt. Sie sei entstanden als Gegenaktion gegen die Hussiten.

Grete Schneider (Münster), evangelische Religionslehrerin und Mitglied des Rates der EKD, hat auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeiterkreises der CDU/CSU den Vorwurf erhoben, der heutige Religionsunterricht erziehe die Schüler zu „religiösen Analphabeten“, weil er im wesentlichen nur noch die gleichen Einheitsthemen behandle wie die Gesellschaftslehre: Umweltverschmutzung, Überbevölkerung, versiegende Rohstoffquellen, soziale Ungerechtigkeiten westlicher Gesellschaftssysteme etc. Mit der Bibel machten die Schüler kaum Bekanntschaft. Auf der gleichen Veranstaltung gab es gegen diese Charakterisierung des Religionsunterrichts aber auch Widerspruch: die Inflation sozialer Werte sei, so hieß es, auch ein Ausdruck der gesellschaftlichen Situation und eine „Verkirchlichung“ mache den Religionsunterricht nicht unbedingt besser.

Der slawische Jesuit *Oskar Formanek* (Presov) hat an die Bischöfe der Slowakei appelliert, gegen die in den letzten Wochen sich häufenden Verhöre und Hausdurchsuchungen bei Katholiken einzuschreiten. Allein in Presov seien in letzter Zeit bei 20 Priestern und Laien Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Die dabei beschlagnahmten Schriften seien durchwegs religiösen oder wissenschaftlich-theologischen Inhalts gewesen. Es sei zu befürchten, daß mit dem Material ein Mammutprozeß vorbereitet werde. Die Bischöfe forderte *Formanek* auf, ihre Gläubigen dabei nicht aus taktischen Gründen oder aus Schwäche im Stich zu lassen. Als ein slawischer Ordinarius wegen des Vorgehens beim Leiter des zuständigen ČSSR-Kirchenrates in Prag, *Karel Hurza*, vorstellig wurde, verwarnte *Hurza* laut Meldung von KNA (10. 3. 79) alle Bischöfe, sich nicht in diese Angelegenheiten einzumischen.

Wegen der Frage der Priesterweihe für verheiratete Männer hat es einen offenen Briefwechsel des Tübinger Pastoraltheologen *Norbert Greinacher* mit dem Bischof von Münster, *Heinrich Tenhumberg*, gegeben. *Greinacher* erinnerte *Tenhumberg* an dessen Aussage vor der Gemeinsamen Synode, wo dieser zwar nachdrücklich an der Ehelosigkeit der Priester festgehalten, zugleich aber gesagt habe, die Weihe Verheirateter sei im Fall einer großen pastoralen Not denkbar. In der Antwort des Ordinariats Münster hieß es dazu, eine solche Not sei erst gegeben, wenn alle Möglichkeiten der Nachwuchsförderung ohne spürbaren Erfolg ausgeschöpft seien. Eine vertiefte Spiritualität in den Gemeinden und in der Jugendarbeit führe aber gegenwärtig zu einem Anwachsen des Priesternachwuchses. Anderer Meinung war der Vorsitzende der Spanischen Bischofskonferenz, Kardinal *Vicente Enrique Trancón*, der völlig unabhängig von diesen in der Bundesrepublik abgegebenen Erklärungen erst Anfang März die Meinung äußerte, die Kirche werde zwar den Zölibat beibehalten, werde aber aus seelsorglichen Gründen auf die Priesterweihe für in der Ehe bewährte Männer auf Dauer nicht verzichten können.